

XX. Beirat beim Ortsamt Burglesum
Niederschrift über die 31. Beiratssitzung am 19.04.2022
Digitale Sitzung
Beginn 19:00 Uhr – Ende 20:30 Uhr

Anwesend waren die Beiratsmitglieder

M. Wolter, N. Heide, U. Appel, W. Müller, M. Pacaci –
M. Hornhues, H. Lürßen, M. Freihorst, D. Janke, I. Eylers –
B. Punkenburg, U. Schnaubelt, E. Friesen –
P. Heereman –
R. Tegtmeier –
H. Rühl –

Vorsitzender Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum
Protokoll Frau Tietjen vom Ortsamt Burglesum

Gäste: Keine

*

Herr Boehlke eröffnet die 31. Sitzung des 20. Beirates Burglesum und begrüßt alle Teilnehmer*innen.

Herr Boehlke weist auf die Aufzeichnung der Sitzung zur Erstellung des Protokolls hin.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortschaftsrates am 08.04.2022 verschickt.

Änderung zur Tagesordnung liegen nicht vor. **Herr Hornhues** äußert sich sehr kritisch zur kurzfristigen Absage der Senatorin für Kinder und Bildung zum Thema Schulstandortplanung. Der Termin war lange vorbereitet, der Beirat erwartet eine Begründung in der nächsten Sitzung, weshalb der heute keine Teilnahme möglich war. Die Rechte des Beirates wurden missachtet.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 22.02.2022

Der Entwurf des Protokolls wurde den Beiratsmitgliedern vorab zugesandt. Bisher liegen keine Änderungswünsche oder Anmerkungen vor.

Beschluss (einstimmig):

Das Protokoll wird genehmigt.

TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

Keine

TOP 3: Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine im ehemaligen Übergangwohnheim „Am Rastplatz“

Herr Boehlke teilt zunächst mit, dass wir alle erschüttert und sprachlos sind, mit welcher Brutalität der russische Präsident ohne jegliche Rechtfertigung einen Krieg gegen die Ukraine begonnen hat. Wir alle kennen in diesem Zusammenhang auch die Bilder von Menschen auf der Flucht – überwiegend Mütter mit Kindern und Ältere Menschen, da die Männer ihr Land verteidigen müssen.

Auch nach Deutschland und entsprechend nach Bremen kommen Geflüchtete aus der Ukraine.

Nach wie vor besteht ein Bedarf an zusätzlichen Wohnungen in Bremen, auch um die Turnhallen wieder frei zu geben.

Vor diesem Hintergrund hat das Sozialressort am 30.03.2022 angefragt, ob der Beirat einer Nutzung der freistehenden Wohnungen des ehemaligen Übergangwohnheims für Geflüchtete aus der Ukraine zustimmen würde.

Er erinnert den Beirat, dass eine Baugenehmigung zur Nutzung des gesamten Gebäudekomplexes für Wohnzwecke besteht. Abweichend davon gab es im letzten Jahr eine Zusage vom Sozialressort, die Personenanzahl zu deckeln. Diese Zusage wurde vom Beirat mehrheitlich akzeptiert.

Die Kapazitäten belaufen sich auf 150 freie Plätze / 50 freie Wohnungen.

Der Sprecherausschuss hat beschlossen, die Anfrage vom Sozialressort in einer öffentlichen Beiratssitzung zu beraten.

Herr Hornhues teilt zunächst mit, dass der Beirat den Angriffskrieg auf die Ukraine geschlossen aufs Schärfste verurteilt. Der Beirat sieht sich nun menschlich verpflichtet, den Geflüchteten aus der Ukraine auch im Stadtteil zu unterstützen. Es handelt sich um eine besondere Situation und der Beirat sieht es daher als selbstverständlich an, dass temporär von der festgelegten Höchstbelegungszahl im ehemaligen Übergangwohnheim abgewichen wird. Es ist in Ordnung, dass vom Sozialressort eine Anfrage an den Beirat gestellt wurde und nicht einfach Fakten geschaffen werden, wie in der Vergangenheit bereits geschehen. Der Beirat sollte heute über diese konkrete Frage beraten und nicht über das sprechen, was in der Vergangenheit bereits diskutiert wurde. Allerdings bleibt die Kritik an der Arbeit des Sozialressorts bestehen. Eine Zustimmung des Beirates zur vorübergehenden Aufhebung der Höchstbelegungszahl ist nicht als „Freibrief“ für die Nutzung in der Zukunft zu verstehen. Auch ist er verärgert, dass die zugesicherte Errichtung der Lärmschutzwand noch immer nicht erfolgt ist.

Herr Heereman sieht das Sozialressort nicht als zuverlässigen Partner. Aber die FDP möchte die ukrainischen Flüchtlinge deshalb nicht in „Geiselnhaft“ nehmen und den Antrag ablehnen.

Es gibt einige Punkte im Beschluss, die er so nicht mittragen möchte. Er möchte nicht, dass die Vollbelegung an die Dauer des Ukraine-Konfliktes gekoppelt ist. Auch wenn eine Aufstockung erfolgen sollte, darf das keinesfalls eine unbefristete Belegung sein.

Frau Wolter sagt, dass es heute darum geht, die Not der Geflüchteten zu lindern und der Beirat gut daran tut, viel dafür zu tun, damit die Menschen hier ankommen können.

Herr Rühl lehnt den Antrag ab, weil es sich um einen „krassen“ Wortbruch von Seiten des Beirates handelt. Das kann man den Anwohnern Am Rastplatz nicht zumuten.

Herr A aus dem Publikum, Anwohner Am Rastplatz, äußert sich sehr kritisch. Auch wenn es um Menschen geht und diese sich in einer sehr bedauernswerten Situation befinden, erwartet er vom Beirat, dass dieser nun nicht von seinem ursprünglichen Standpunkt abweicht. Der Beirat hat eine Nachnutzung des Übergangwohnheimes eindeutig abgelehnt. Die Ohnmacht des Beirates wurde einem in der Vergangenheit vor Augen geführt. Wenn er sich jetzt anders entscheidet, ist das Vertrauen in die Politik endgültig erschüttert. Für die Anwohner „Am Rastplatz“ ist von Seiten der Behörden nichts getan worden. Es gibt weder Lärm-, noch Licht- oder Sichtschutz. Das Gebäude ist für eine Unterbringung von Menschen völlig ungeeignet. Das Maß des Erträglichen ist schon lange überschritten.

Herr Boehlke ist ebenfalls nicht begeistert, dass immer noch keine Lärmschutzwand errichtet wurde. Mit den Arbeiten soll aber zur Jahresmitte begonnen werden.

Herr Freihorst unterstützt den Antrag in den Grundzügen. Aber er äußert sich ebenfalls kritisch. Er findet es wichtig, zu erfahren, wie die Verteilung nach dem Königssteiner Schlüssel erfolgt, die bisher erfolgte Antwort empfindet er als Frechheit. Seit 2015 sind viele Geflüchtete in Bremen, die eigentlich nicht mehr hier sein dürften, weil sie nicht abgeschoben werden und auch nicht umverteilt werden. Bremen wendet den Königssteiner Schlüssel nicht an. Bremen übererfüllt seine Quoten. Er kritisiert die Wohnraumversorgung von Geflüchteten, seit Jahren werden Schutzbedürftige nicht vermittelt, weil man nicht in der Lage ist, Wohnraum zu schaffen. Er findet es in Ordnung jetzt Ukrainer aufzunehmen, aber der Umstand, dass man weiß, weshalb kaum Platz für Geflüchtete vorhanden ist, sollte in den Beschluss aufgenommen werden.

Frau Wolter regt an, die Anmerkung von Herrn Freihorst als Extrapunkt aufzunehmen, damit man ihn entsprechend ablehnen kann. Sie unterstützt den Einwand von Herrn Freihorst nicht. Im Antrag geht es nur darum, die Menschen, die jetzt da sind, unterzubringen.

Frau Schnaubelt schließt sich der Aussage von Frau Wolter an. Die Einhaltung des Königssteiner Schlüssels sollte in einem anderen Rahmen diskutieren.

Herr Heereman ist auch dafür, dann kann man wunderbar dem nachgehen, dass Bremen sich passiv verhält bei Abschiebungen.

Herr Freihorst empfiehlt Frau Wolter, sich über die nicht erfüllten selbstgesteckten Ziele in der Wohnraumpolitik des Bremer Senats zu informieren.

Herr Boehlke lässt über den Änderungsvorschlag von Herrn Freihorst abstimmen.

Beschluss: (4 Ja-Stimmen, 11 Neinstimmen)

Es gibt keine Mehrheit für den Ergänzungsvorschlag von Herrn Freihorst

Herr Hornhues regt an, folgende Ergänzung (kursiv) unter Ziffer 7 aufzunehmen:

„... ein Vorhaltekonzert *unter Einhaltung des Königssteiner Schlüssels* von Unterbringungskapazitäten zu entwickeln.....werden, *und dieses unter besonderer Berücksichtigung Burglesumer Bedingungen im Beirat zu diskutieren.*“

Herr Boehlke lässt hierüber abstimmen:

Beschluss: 7 Ja-Stimmen 8 Nein-Stimmen

Es gibt keine Mehrheit für den Ergänzungsvorschlag von Herrn Hornhues.

Anmerkung: Die vorhergegangenen Beschlüsse fanden ohne Herrn Janke statt. Herr Janke hatte sich offiziell für die Beiratssitzung entschuldigt und bei der Sitzungsleitung seine Anwesenheit nicht mitgeteilt. So blieb er bei den vorhergegangenen Abstimmungen unberücksichtigt.

Herr Heereman beantragt die getrennte Abstimmung.

Herr Hornhues findet, dass aus seiner Sicht keine getrennte Abstimmung erforderlich ist, es handelt sich um einen runden Gesamtantrag, da besteht keine Notwendigkeit.

Frau Wolter sieht das genauso.

Herr Heereman teilt mit, dass hier entgegen alle Gepflogenheiten gehandelt wird, das ist eine absolute Unverschämtheit, seinem Wunsch nicht nachzukommen. Er kann sich so nicht klar und dezidiert äußern, das wird ihm hier so verweigert.

Herr Hornhues wendet ein, dass es hier um die Gesamtheit des Antrages geht.

Herr Rühl kann der Einschätzung von Herrn Hornhues nicht folgen. Herr Heereman hat bereits im Sprecherausschuss um Einzelabstimmung gebeten, wenn das jetzt nicht berücksichtigt wird, dann wird er zukünftig im Sprecherausschuss auch strikt nach der Geschäftsordnung agieren, aber dann können sich alle „warm anziehen“.

Herr Boehlke verweist auf die gültige Geschäftsordnung.

Herr Freihorst versteht das Schauspiel jetzt nicht, wenn der Wunsch bestand und nicht abgelehnt wurde, kann man dem auch nachkommen. Er appelliert an die Beiratskollegen, dass man getrennt abstimmt, unabhängig davon, was in der Geschäftsordnung steht. Er findet es albern, wie hier agiert wird.

Herr Boehlke lässt zunächst über die Entscheidung getrennt abzustimmen, beschließen.

Beschluss:

Es wird mit 9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen für die getrennte Abstimmung gestimmt.

Herr Heereman möchte über die Punkte vier und sechs einzeln abstimmen.

Zunächst wird über die Ziffern vier und sechs abgestimmt:

Herr Boehlke bittet die Beiratsmitglieder, je dreimal eine Stimme abzugeben, einmal für die Punkte 1-7 und für die Punkte 4 und 6.

Beschluss:

Punkte 1-7:

13 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen, eine Enthaltung

Punkt 4:

14 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen

Punkt 6:

15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

1. *Der Angriffskrieg auf die Ukraine wird vom Beirat Burglesum aufs Schärfste verurteilt. Er sieht sich auch menschlich verpflichtet, den aus der Ukraine zu uns geflüchteten Menschen auch hier im Stadtteil zu helfen.*
2. *Der Beirat Burglesum nimmt daher die Anfrage des Sozialressorts zur Unterbringung von geflüchteten Ukrainern - losgelöst von der grundsätzlich anderen Auffassung zur entstandenen Situation in der Straße „Mühlenacker“ - zur Kenntnis.*
3. *In dieser besonderen Situation in Europa, sieht er es als selbstverständlich an, dass temporär von der festgelegten Höchstbelegungszahl in der Wohnanlage am Rastplatz abgewichen werden kann, um hier aus ihrem Heimatland geflohene Ukrainer unterzubringen.*
4. *Er erwartet jedoch, dass die Sozialbehörde über die reine Unterbringung hinaus auch ein Konzept für die Betreuung (incl. Schule, Kita) entwickelt und die Lesumer Willkommensinitiative hier mit einbezieht.*
5. *Gleichzeitig ist die lange versprochene Schallschutzmaßnahme wie angekündigt nach der endlich erfolgten Ausschreibung im Sommer zu beginnen und bis spätestens Ende des Jahres abzuschließen. Über die einzelnen Schritte der Maßnahme ist der Beirat jeweils unverzüglich zu informieren.*
6. *Der Beirat erwartet zudem, dass nach - hoffentlich baldiger - Beendigung des Krieges in der Ukraine, die Belegung der Wohnanlage zügig und frühzeitig auf das vereinbarte Maß wieder reduziert wird.*
7. *Schlussendlich fordert der Beirat den Senat auf, zur besseren Begegnung von kurzfristig ansteigenden Flüchtlingszahlen ein Vorhaltekonzzept von Unterbringungskapazitäten zu entwickeln und umzusetzen, damit nicht wieder ad-hoc Maßnahmen wie z. B. Schulhallenbelegungen oder Abweichungen von Höchstbelegungszahlen notwendig werden.*

TOP 4: Aufhebung der Kopfsteinpflasterung des Verbindungsweges zwischen Am Burgplatz und Dunger Straße
Hier: Beschluss über die Finanzierung der Baumaßnahme durch das ASV-Stadtteilbudget

Herr Boehlke teilt nachfolgende Mitteilung des Amtes für Straßen und Verkehr mit:
Für den Abschnitt von „Am Burgplatz“ bis zum bereits hergestellten Betonpflaster im laufenden Weg zur „Dunger Straße“ schätzen wir ein Investitionsvolumen von ca. 15.000 €. In diesem Abschnitt würden wir die gleiche Bauweise wie bereits vorhanden vorschlagen: seitlich verbleibt das Natursteingroßpflaster und in der Mitte des Weges wird ein Streifen in Betonwerkstein hergestellt. Hierzu muss das gesamte vorhandene Pflaster aufgenommen, der Unterbau entsprechend hergestellt und das Pflaster neu verlegt werden.

Für den Abschnitt von der Brücke über den „Burger Sielgraben“ bis zur „Siedkämpe“ schlagen wir den Einbau von Asphalt vor.

Hier belaufen sich die Kosten gemäß Aufwandsschätzung ebenfalls auf ca. 15.000 €. Dies beinhaltet den Ausbau des vorhandenen Großpflasters auf einer Breite von ca. 1,20 m einschließlich Unterbau, den Asphalteinbau sowie Anpassungsarbeiten des vorhandenen Pflasters im Randbereich.

Fazit: Für alle erforderlichen Leistungen zur Herstellung eines durchlaufenden, ebenen/„barrierefreien“ Weges, vom „Am Burgplatz“ bis zur „Siedkämpe“ sind Leistungen in Höhe von ca. 30.000 € erforderlich.

Frau Schnaubelt teilt mit, dass die Grünen die Entscheidung vertagen wollen, weil davon ausgegangen wurde, dass der hintere Teil nicht asphaltiert wird, sondern ebenfalls mit Kopfsteinpflaster hergerichtet werden soll. Außerdem ist die Fraktion von insgesamt 15.000 Euro Kosten ausgegangen. Gerne kann eine erneute Beratung in der nächsten Beiratssitzung erfolgen, weil es nicht eilt.

Herr Heereman fragt, wie es zu der falschen Einschätzung des Amtes für Straßen und Verkehr kommt.

Herr Boehlke versichert, dass die Kosten für den gesamten Weg angefragt wurden. Sollte die konkrete Kostenschätzung dann nachher teurer werden, gehen die Mehrkosten zu Lasten des Amtes für Straßen und Verkehr. Wenn es günstiger wird erfolgt ein Rückfluss der restlichen Mittel an den Beirat.

Herr Rühl hat keine Einwände, die 30.000 Euro zu bewilligen.

Herr Tegtmeier bekräftigt, dass sein Antrag ganz klar und eindeutig formuliert war. Die Summe sollte man ausgeben, die Anwohner des Seniorenwohnheimes und der Dunge-Siedlung haben Schwierigkeiten dort mit ihren Rollatoren zu laufen.

Frau Lürßen kann den Vorschlag zur Asphaltierung im hinteren Bereich nach der Brücke nachvollziehen, da es dann ohnehin in Asphalt übergeht.

Herr Boehlke regt an, aufgrund der vielen Nachfragen und Einwände, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Frau Wolter möchte wissen, warum der hintere Bereich asphaltiert werden soll und wie teuer es werden würde, wenn dort auch Betonsteinpflasterung erfolgt.

Frau Appel ist für eine durchgängige Betonsteinpflasterung.

Frau Schnaubelt ergänzt, dass der Weg damals extra so gestaltet wurde, um die Einzigartigkeit des Verbindungsweges zu erhalten.

Herr Heereman regt einen Vor-Ort-Termin an.

Herr Tegmeier findet es gewagt, eine ortsteilprägende Pflasterung mit Asphalt zu ergänzen.

Beschluss (einstimmig):

Der Antrag wird vertagt. Es besteht die grundsätzliche Bereitschaft des Beirates, den Weg barrierefrei herstellen zu lassen. Die Fassung eines formalen Beschlusses wird aufgrund noch offener Fragen vertagt. Eventuell ist eine Erläuterung und Klärung vor Ort erforderlich.

TOP 5: Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Terminankündigungen:

- Würdigung von Rolf Rübsam (22.04.2022, 16 Uhr, Goldbergplatz)
- Einwohner*innen-Versammlung zur Erhaltungssatzung „Waldwinkel“ (05.05.2022, 18:00 Uhr, Nebelthau Gymnasium)
- Zebra-Streifen im Lesum Park: Umsetzung im Mai / Juni

TOP 6: Mitteilungen des Beiratssprechers

Herr Hornhues informiert über ein Treffen mit den Senatsbeauftragten für Bremen-Nord. Man hat sich dafür ausgesprochen, dass für die geplanten Maßnahmen am Helsingborger Platz alle an einem Strang ziehen und dass das Vorhaben mit entsprechenden finanziellen Mitteln hinterlegt wird.

TOP 7: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten

Herr Heereman möchte das Thema Nordwestbahn ansprechen. Er findet die Aussage unverschämt, dass man ab heute pünktlich sein wird, weil nicht mehr auf verspätete Fahrgäste gewartet wird. Es sind nicht die Einwohner Bremen-Nords Schuld an der Unpünktlichkeit der Nordwestbahn, sondern andere Faktoren wie Gleisarbeiten, Ausfälle durch Krankheit etc.

Er regt außerdem an, sich im Regionalausschuss die Arbeit des Senatsbeauftragten für Bremen-Nord vorstellen zu lassen. Er möchte gerne Termine und Themen für den Regionalausschuss unter Beteiligung aller Parteien festlegen.

Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Hornhues
Beiratssprecher

gez. Tietjen
Protokoll